

Dritter Jahrestag des Energienetze–Volksentscheids – wo stehen wir?

Eine Einschätzung des Hamburger Energietisches

im Oktober 2016

Am 22. 9. 2013 entschieden die Hamburger*innen: **„Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“** Ein Volksentscheid bindet Bürgerschaft und Senat, wie der Art. 50, 4a der Hamburger Verfassung festlegt.

Was haben Senat und Bürgerschaft nun in drei Jahren für die Umsetzung getan? Das Stromnetz ist inzwischen wieder in der Hand der Stadt. Der erste Satz des Volksentscheids ist in diesem Punkt umgesetzt.

Für das Fernwärmenetz, das für eine soziale und klimaverträgliche Energieversorgung deutlich wichtiger ist, hat der Senat lediglich eine „Kaufoption“ vereinbart und das erst für 2019. Begründet wurde das mit einer angeblich bei einem früheren Kauf fällig werdenden Steuer in dreistelliger Millionenhöhe. Wie hoch diese Summe wirklich gewesen wäre, konnte oder wollte der Senat nicht sagen. Allerdings würde eine solche Steuer auch dann vermieden, wenn das Fernwärmenetz 2017 zurückkauft würde. Und es hätte die Möglichkeit bestanden, für 2017 bereits den Kauf fest zu vereinbaren. Damit hat der Senat sich über den Volksentscheid hinweg gesetzt.

Der Umsetzung droht eine weitere Gefahr: Der Senat hat mit Vattenfall einen Mindestpreis vereinbart. Sinkt der reale Preis des Netzes unter den Mindestpreis, kann dem Kauf die Landeshaushaltsordnung im Wege stehen, wie der Senat in der Antwort auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Kerstan 2014 feststellt (Drs.20/11237). Eine „Kaufoption“ wurde für auch das Gasnetz für 2018 vereinbart.

Erneuerbare Wärme nicht gewollt?

Auch die Umsetzung des zweiten Satzes des Volksentscheids kann nicht als befriedigend bezeichnet werden. Hier geht es vor allem um das noch Vattenfall gehörende Fernwärmenetz, zu dem auch große Heizkraftwerke gehören. Das alte, störanfällige und mit hohen Emissionen belastete Kohlekraftwerk in Wedel muss in einigen Jahren stillgelegt werden – das sieht auch der Senat so. Der Plan des vorherigen Senats, in Wedel ein neues fossiles Großkraftwerk zu bauen, ist dank der intensiven Bemühungen der Nichtregierungsorganisationen inzwischen vom Tisch.

Dem Volksentscheid folgend, muss beim Ersatz ein möglichst hoher Anteil erneuerbarer Wärme zum Einsatz kommen. Dafür bietet sich insbesondere Abwärme der Kupferhütte AURUBIS an, die ihre bisher ungenutzte Abwärme gern verkaufen würde. Die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) lehnt die Nutzung dieser preisgünstigen, klima- und umweltverträglichen Wärme als Ersatz für das Wedeler Kohlekraftwerk ab. Sie begründet das mit der – ungeprüft übernommenen – Behauptung der Vattenfall Wärme Hamburg (VWH), wegen „Netzrestriktionen“ müsste das Fernwärmenetz erst für einen dreistelligen Millionenbetrag umgebaut werden, damit Abwärme von AURUBIS in den Hamburger Westen gelangen kann. Zur neutralen Überprüfung dieser Behauptung durch ein wissenschaftliches Gutachten ist die BUE bisher nicht bereit. Die BUE denkt an eine Verwendung der Abwärme von Aurubis in 10 bis 15 Jahren.

In ihrer Arbeit „Alternativszenarien für den Ersatz der HKW“ (1) Wedel machen die Autoren Matthias Ederhof und Prof. Dietrich Rabenstein deutlich, dass über 60% des Ersatzes erneuerbar sein können, wenn Abwärme von AURUBIS vollständig genutzt wird. Die BUE strebt nach eigenen Berechnungen höchstens 28% an.

Ähnlich geht die BUE mit fundierten Vorschlägen zu anderen Formen regenerativer Wärme um. Eine von Hamburger Energietisch beauftragte Untersuchung (2) weist nach: Solarthermische Anlagen könnten einen nennenswerten Beitrag zur Wärmeversorgung liefern. Stattdessen fördert die BUE mit viel Geld Gründächer, die keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Die Altholzverwertungsanlage in der Borsigstraße, die die Stadtreinigung Hamburg betreibt, könnte mit einem geringen Kostenaufwand so umgebaut werden, dass etwa 8-mal mehr erneuerbare Wärme aus der gleichen Menge Altholz erzeugt werden könnte als bisher. Der Senat verweist hier auf einen Zeitpunkt nach 2024.

Ein Vorschlag des HET, unter Verwendung von Rest- und Durchforstungsholz und Holz aus Kurzumtriebsplantagen auch ein Biomasse-Heizkraftwerk in die Versorgung einzubeziehen, wurde zunächst von Seiten der Regierungsfractionen und der BUE mit dem pauschalen Vorwurf „nicht ökologisch“ abgeschmettert. Inzwischen strebt die Stadtreinigung Hamburg eine Nutzung von holzartiger Biomasse im Umfang von immerhin 28 MW an.

Gegenwärtig steht die Diskussion um den Ersatz der HKW Wedel im Vordergrund, über den in den nächsten Monaten entschieden werden soll. Es bleibt abzuwarten, ob die BUE sich in der Lage sieht, sich gegen den größeren Koalitionspartner durchzusetzen und von den Begehrlichkeiten Vattenfalls zu emanzipieren. Der Konzern versucht inzwischen wieder, Fernwärme aus Kohleverbrennung durchzusetzen und die BUE scheint bereit zu sein, diese als „grüne Wärme“ zu deklarieren.

Demokratisch kontrolliert?

Auf Betreiben der Träger des Volksentscheids wurde bei der BUE ein Energienetzbeirat eingerichtet. Er ist so zusammen gesetzt, dass die Träger des Volksentscheids in der Minderheit sind. Der Beirat wurde nicht als Kontrollgremium, sondern als Beratungsgremium für die BUE eingerichtet. Es bleibt einstweilen abzuwarten, ob sich über den Beirat ein hohes Maß an Transparenz herstellen lässt und ob er dem Ziel einer vollständigen Umsetzung des Volksentscheids dienlich sein wird. Die vertretenen Organisationen (BUND und HET) werden sich zusammen mit den anderen Protagonisten des Volksentscheids und der Energiewende dafür einsetzen.

(1) Ederhof, Rabenstein: Alternativszenarien für den Ersatz des HKW Wedel

<http://www.hamburger-energiesicht.de/WP-Server/wp-content/uploads/2015/08/Alternativszenarien-f%C3%BCr-den-Ersatz-des-HKW-Wedel-v1.0.pdf>

(2) Rabenstein: Hamburg braucht eine Solardachstrategie

http://www.hamburger-energiesicht.de/WP-Server/wp-content/uploads/2016/05/2016-04-19_Hamburg-braucht-eine-Solardachstrategie.pdf